

Öffentliche Niederschrift über die Sitzung des Hauptausschusses vom 28.11.2024

Sitzungsdatum: Donnerstag, den 28.11.2024
Sitzungsanfang: 16:30 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal des Rathauses I, Schlossgartenstraße 16, 06406 Bernburg
(Saale),

Anwesend:

Vorsitzende/r

Frau Dr. Silvia Ristow

Mitglieder

Herr Stefan Ruland

Frau Doreen Ermisch

Frau Vanessa Gruschka

Herr Gerd Klinz

Frau Claudia Weiss

ab TOP 4 anwesend

Herr Ringo Ulrich

Herr Kai Mehliß

Frau Henriette Krebs

Nicht anwesend/ Entschuldigt:

Mitglieder

Herr Gerald Bieling

Herr Mike Franzelius

Frau Christine Pfeiffer

Öffentlicher Teil

Zur öffentlichen Geschäftsordnung:

- a) *Bestätigung der Einladung und Feststellung der Beschlussfähigkeit gem. §§ 53, 55 KVG LSA*

Die Einladung erfolgte gem. § 53 KVG LSA ordnungsgemäß. Der Hauptausschuss war zu Beginn der Sitzung gem. § 55 KVG LSA mit 8 anwesenden stimmberechtigten Mitgliedern beschlussfähig.

b) Abstimmung über die Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 17.10.2024:

Die Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 17.10.2024 wurde mit 6 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen bestätigt.

c) Feststellung der öffentlichen Tagesordnung gem. der Geschäftsordnung:

Zur Tagesordnung schlug Herr Ulrich vor, die Tagesordnungspunkte 6 und 7 zu tauschen, da diese zusammenhängen und in dieser Reihenfolge Punkte vorab geklärt werden könnten, wenn die Förderrichtlinien vorgestellt werden.

Herr Ruland gab hierzu den Einwand, dass es nicht nötig sei, dass die Verwaltung die einzelnen Förderrichtlinien vorstelle.

Frau Dr. Ristow schlug vor, die beiden Tagesordnungspunkte zu tauschen, da diese ja im Zusammenhang stehen. Die geänderte Tagesordnung wurde daraufhin festgestellt.

Zur öffentlichen Tagesordnung:

1. Einwohnerfragestunde gem. § 28 Abs. 2 KVG LSA

Es gab keine Anfragen anlässlich der Einwohnerfragestunde.

**2. Beschluss der Geschäftsordnung mit Neufassung der Anlage 2 (Regelung für die Gewährung finanzieller Zuwendungen an die Fraktionen des Stadtrates)
Beschlussvorlage 0105/24**

Herr Ruland gab bekannt, dass sich die Mitglieder der CDU-Fraktion hierzu enthalten werden, da über die Geschäftsordnung noch mit der gesamten Fraktion beraten werde.

Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss der Stadt Bernburg (Saale) empfiehlt dem Stadtrat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Stadtrat der Stadt Bernburg (Saale) beschließt die beigefügte Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Bernburg (Saale), seiner Ausschüsse und seiner Ortschaftsräte in der beigefügten Fassung.

Abstimmung:

Mitglieder des Hauptausschusses: 9

davon anwesend: 8 stimmberechtigte Mitglieder

4 Ja-Stimmen

4 Enthaltungen

**3. Hauptsatzung der Stadt Bernburg (Saale)
Beschlussvorlage 0083/24**

Es wird auf das Beiblatt verwiesen.

**3.1. Hauptsatzung der Stadt Bernburg (Saale) - BEIBLATT
Beiblatt 0083/24/1**

Herr Ruland informierte, dass sich die Mitglieder der CDU-Fraktion auch bei der Hauptsatzung enthalten werden, da noch die Beratung mit der gesamten Fraktion stattfinden müsse.

Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Stadtrat folgenden Beschluss zu fassen:

Der Stadtrat der Stadt Bernburg (Saale) beschließt die Hauptsatzung der Stadt Bernburg (Saale) in der beigefügten Fassung mit der in der Begründung genannten Änderung in § 17 Absatz 2.

Abstimmung:

Mitglieder des Hauptausschusses: 9

davon anwesend: 8 stimmberechtigte Mitglieder

3 Ja-Stimmen

5 Enthaltungen

4. Grundhafter Ausbau der Friedensallee, Abschnitt D 2 und D 3
Hier: Technisches Ausbauprogramm
Beschlussvorlage 0107/24

Antrag:

Herr Ruland stellte den Antrag, die Beschlussvorlage zur Entscheidung in den Stadtrat zu überweisen. Herr Ruland erläuterte, dass diese Baumaßnahme in der Innenstadt von Bernburg (Saale) sehr wichtig sei, so dass diese durch den gesamten Stadtrat beschlossen werden sollte.

Abstimmung über den Antrag:

Mitglieder des Hauptausschusses: 9

davon anwesend: 9 stimmberechtigte Mitglieder

9 Ja-Stimmen

Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss der Stadt Bernburg (Saale) empfiehlt dem Stadtrat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Stadtrat der Stadt Bernburg (Saale) beschließt gem. beigefügten Anlagen das Technisch Ausbauprogramm des Bauvorhabens „**Grundhafter Ausbau der Friedensallee, Abschnitte D 2 und D 3**“ dem Grunde nach.

Bei wesentlichen Abweichungen im Zuge der Entwurfs-/Genehmigungsplanung ist eine erneute Beschlussfassung herbeizuführen.

Die Maßnahme ist zur Baureife zu führen und auf Basis einer gesicherten Finanzierung öffentlich auszuschreiben.

Abstimmung:

Mitglieder des Hauptausschusses: 9

davon anwesend: 9 stimmberechtigte Mitglieder

9 Ja-Stimmen

**5. Bereitstellung überplanmäßiger Mittel zur Leistung der Anzahlung für einen Rüstwagen RW-2
Beschlussvorlage 0103/24**

Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt dem Hauptausschuss folgenden Beschluss zu fassen:

Der Hauptausschuss beschließt eine überplanmäßige Ausgabe in Höhe von 90.000 Euro zur Erfüllung der Abschlagszahlung für den Rüstwagen RW-2. Die Deckung erfolgt aus den in der Begründung angegebenen Koststellen zur Beschaffung von Notstromaggregaten.

Abstimmung:

Mitglieder des Hauptausschusses: 9

davon anwesend: 9 stimmberechtigte Mitglieder

9 Ja-Stimmen

**6. Antrag der CDU-Fraktion - Attraktivität unserer Stadt dauerhaft sichern, Ansiedlung von Ärztinnen und Ärzten fördern
Beschlussvorlage 0097/24**

Hierzu lag auch ein Änderungsantrag der AfD-Fraktion vor. Herr Ruland gab diesbezüglich den Einwand, dass man nichts gegen die einzelnen Punkte im Antrag der AfD-Fraktion sagen könne und diese auch Zustimmung finden, jedoch werden diese Punkte bereits so oder so ähnlich praktiziert in der Stadtverwaltung Bernburg (Saale). Als Beispiel nannte Herr Ruland die Vermietung von Räumen für Praxen durch die Bernburger Wohnstätten GmbH. Die Verwaltung könne diesbezüglich eine Informationsvorlage zur Stadtratssitzung vorlegen, schlug Herr Ruland vor.

Frau Weiss stimmte dem Vorschlag von Herrn Ruland zu, die Verwaltung zu beauftragen diesbezüglich eine Informationsvorlage zur Stadtratssitzung vorzulegen. Die AfD-Fraktion ziehe daraufhin ihren Antrag zurück.

Auftrag an die Verwaltung:

Der Hauptausschuss beauftragt die Verwaltung, eine Informationsvorlage zur Stadtratssitzung am 10.12.2024 zu den bisherigen Prüfergebnissen bezüglich der Schaffung von Rahmenbedingungen zur Erhöhung der Attraktivität der Stadt Bernburg (Saale) für die Ansiedlung von Ärzten vorzulegen. Zur Schließung eventueller Kooperationsverträge sind diese vorab dem Stadtrat vorzulegen.

Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss der Stadt Bernburg (Saale) empfiehlt dem Stadtrat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Stadtrat der Stadt Bernburg (Saale) beschließt, dass beginnend mit dem Kalenderjahr 2025 in Kooperation mit der Kassenärztlichen Vereinigung Sachsen-Anhalt zunächst bis zu 3 Stipendien vergeben werden.

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die erforderliche Kooperationsvereinbarung mit der Kassenärztlichen Vereinigung Sachsen-Anhalt abzuschließen und mit geeigneten Maßnahmen auf die Förderung aufmerksam zu machen.

Die benötigten Haushaltsmittel von bis zu 32.400,00 Euro für das Haushaltsjahr 2025 sollen im Rahmen der Haushaltsaufstellung eingestellt und in der mittelfristigen Finanzplanung entsprechend berücksichtigt werden.

Abstimmung:

Mitglieder des Hauptausschusses: 9

davon anwesend: 9 stimmberechtigte Mitglieder

9 Ja-Stimmen

7. Vorstellung der Förderrichtlinien des Sozialamtes Informationsvorlage IV 0030/24

Frau Dr. Ristow informierte, dass die Förderrichtlinien im kommenden Jahr überarbeitet und dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

Herr Mehliß gab den Einwurf, dass bei etlichen Richtlinien noch das KVG von 2014 zitiert werde. Weiterhin seien die oftmals die Datenschutzrichtlinien nach EU-Richtlinien nicht mit berücksichtigt worden sowie eine ordnungsgemäße Dokumentation der Mittelverwendung.

Herr Ruland sowie Frau Dr. Ristow wiesen darauf hin, dass das Kommunalverfassungsgesetz nun einmal vom 17.06.2014 sei und es hierzu nur verschiedene Änderungen durch ein entsprechendes Gesetz gebe. Aus diesem Grund stehe meist in der Präambel: „zuletzt geändert durch Gesetz vom“.

8. Förderung der Arbeit der Selbsthilfegruppen, der Verbände der freien Wohlfahrtspflege, der gemeinnützigen Vereine und Gesellschaften im sozialen Bereich für das Jahr 2024, gemäß Richtlinie Pkt. V, Nr. 2 (Antrag für kurzfristige Maßnahme)
Beschlussvorlage 0074/24

Zur BVL 0074/234 wies Herr Ruland darauf hin, dass sich diese schon in ihrer Bezeichnung auf zwei verschiedene Förderrichtlinien beziehe, nämlich auf die der Selbsthilfegruppen und dann auf die übrigen, wie Verbände und gemeinnützige Vereine mit Sitz und Wirkung in Bernburg (Saale). Dieser Mischmasch in einer Richtlinie müsse einmal angemerkt werden, so Herr Ruland.

Es müsse auch in der Beschlussfassung verankert werden, wie nachgewiesen werde, dass vorab durch die Vereine oder Verbände alle anderen Fördermaßnahmen ausgeschöpft wurden, wie z. B. gestellte Förderanträge beim Land und beim Bund, damit eine Doppelförderung ausgeschlossen werden könne.

Zur Maßnahme „7 Jahre Coffee to Stay“ gab Herr Ruland den Einwurf, dass z. B. bei der Förderrichtlinie für Sportvereine die vereinsinternen Feiern nicht förderfähig seien. Das hier so unterschieden werde, sei nicht nachzuvollziehen. Die Beweihräucherung eines Vereins bei einer Jubiläumsfeier eines Vereins sei unter stringenter Auslegung der Förderrichtlinien als grundsätzlich nicht förderfähig anzusehen. Der Verein habe aber nun alles beantragt, was man beantragen könne, obwohl man sich schon frage, was ein Schulungscomputer mit einer Jubiläumsfeier zu tun habe. Ferner sei gerade bei dem beantragten Schulungscomputer sichtbar, dass man hier genau die Höchstsumme von 1.000,00 € beantrage, obwohl es preiswertere Hochleistungsrechner gebe (z. B. für 649,00 €). Hier werden die Richtlinien optimal ausgeschöpft, obwohl man sparsam mit öffentlichen Mitteln haushalten sollte, so Herr Ruland.

Herr Mehliß wies darauf hin, dass gem. seinem Prüfergebnis nicht erkennbar gewesen sei, ob alle anderen Fördermaßnahmen durch den Kulturmarkt Bernburg e. V. ausgeschöpft worden seien. Auch die Sicherstellung der sparsamen und wirtschaftlichen Verwendung der Fördergelder könne so nicht nachgewiesen werden. Auch die Bereitstellung ausreichender Eigenmittel sei nicht ersichtlich, so Herr Mehliß.

Antrag:

Herr Mehliß stellte den Antrag, die Beschlussvorlage abzulehnen und den Antragsteller aufzufordern, ergänzende Nachweise vorzulegen und die folgenden Punkte zu klären: Prüfung der Ausschöpfung alternativer Fördermöglichkeiten, Auflistung/Begründung zu bereitgestellten Eigenmitteln. Nach Vorlage dieser Unterlagen könne der Verein ja nochmals einen Antrag stellen.

Frau Samad wies darauf hin, dass – wie in der BVL ersichtlich – die elektrischen Geräte wie der Projektor, die Leinwand, der Bildschirm oder der Schulungscomputer für Deutsch- und Integrationskurse benötigt werden, nicht für die Jubiläumsfeier. Weiterhin gab Frau Samad bekannt, dass der Kulturmarkt e. V. den Fördermittelbescheid des Landes beigefügt habe und der Verwaltung vorliege. Weiter müsse bedacht werden, dass die Stadt diese Maßnahmen ja nur anteilig fördere, so dass davon ausgegangen werde, dass die restliche Summe durch den Eigenanteil finanziert werde. Bei den Vorprüfungen durch die Verwaltung werde auch geprüft, ob entsprechende Angebote eingeholt werden usw. Ferner, so Frau Samad, sei bei jeder Fördermittelbereitstellung nach Beendigung der Maßnahme ein Verwendungsnachweis durch die entsprechenden Vereine und Verbände vorzulegen. Die Verwaltung prüfe dann den Verwendungsnachweis. Bei nichtzweckentsprechender Verwendung werden die Fördermittel auch zurückgefordert. Der Antrag sei gem. der bestehenden Richtlinie ordnungsgemäß bearbeitet wurden.

Frau Gruschka vermisse bei den Anträgen oftmals das Prinzip der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit. So sei es für sie nicht verständlich, aus welchem Grund man bei einer Jubiläumsfeier einen Referenten für das eigene Jubiläum für 600,00 € einladen müsse.

Herr Ulrich gab den Einwand, dass die Stadt Bernburg (Saale) diesbezüglich über eine geltende Richtlinie verfüge, nach der zu verfahren sei. Der Antrag sei von der Verwaltung nach der geltenden Richtlinie geprüft und dem Hauptausschuss zur Entscheidung vorgelegt worden. Der Antrag entspreche nun mal der Förderrichtlinie. Wenn es anders gewünscht werde, müsse die Förderrichtlinie geändert werden, so Herr Ulrich.

Herr Mehliß zog daraufhin seinen Antrag zurück, wies aber darauf hin, dass die Richtlinien überarbeitet werden müssten.

Herr Ruland gab bekannt, dass die CDU-Fraktion dem Beschlussvorschlag zustimmen werde, wenn der durch die Verwaltung geprüfte Verwendungsnachweis zur nächsten Sitzung vorgelegt werde.

Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss beschließt, die nach der gültigen Richtlinie mögliche Förderung i. H. v. 1.499,90 € zu gewähren. Der durch die Verwaltung geprüfte Verwendungsnachweis ist den Hauptausschuss zeitnah nach der Prüfung vorzulegen.

Abstimmung:

Mitglieder des Hauptausschusses: 9

davon anwesend: 9 stimmberechtigte Mitglieder

7 Ja-Stimmen

2 Enthaltungen

**9. Antrag der Fraktion Die Linke zur Einführung von Online-Termin-Vergaben beim Einwohnermeldeamt der Stadt Bernburg (Saale)
Informationsvorlage IV 0032/24**

Die Informationsvorlage wurde zur Kenntnis genommen. Es gab keine Anfragen oder Anregungen.

**10. Sitzungsplan des Stadtrates der Stadt Bernburg (Saale), seiner Ausschüsse und seiner Ortschaftsräte für das Jahr 2025
Informationsvorlage IV 0013/24**

Zum vorgelegten Sitzungsplan gab es keine Änderungen.

11. Mitteilungen, Beantwortung von Anfragen, Anregungen

Es gab keine Bekanntgaben, Anfragen oder Anregungen seitens der Mitglieder des Hauptausschusses oder der Verwaltung.

Für das Protokoll

Dr. Silvia Ristow
Oberbürgermeisterin

Yvonne Krebs
Stadtratsbüro